Sauerländisches Volksblatt

Ältester Anzeiger für das Sauerland — **SV** — **Amtliches Kreisblatt des Kreises Olpe**

Gegr. 1840.

Das „S. V." erscheint jeden Werktag früh. Der monatliche Bezugspreis ist freibleibend, die Einzelnummer kostet 15 Goldpfg. Bestellungen nehmen alle Postanstalten entgegen. Störungen durch höhere Gewalt und Ausstand rechtfertigen keine Ersatzansprüche. Geschäftsstellen: Frankfurterstr. Nr. 16 und Bahnhofstr. Nr. 3. — Fernruf 2. — Postscheck-Konto Köln Nr. 10158.

Anzeigenpreise: 1 Millimeter Höhe im Ortsverkehr 8 Goldpfg., f. Auswärtige 10 Goldpfg., Reklamen 40 Goldpfennig; Offertengebühr 25 Goldpf., umzurechnen nach dem am Tage der Zahlung gültigen Berliner Dollar-Kurs. Zahlbar bei Aufgabe, spätestens 3 Tage nachher, andernfalls Verzugszinsen berechnet werden. Eventuell gewährter Rabatt gilt nur als Kassenrabatt.

Nr. 29 — Olpe, Montag, den 4. Februar 1924. — 84. Jahrg.

Der Tod Wilsons.

Rußland, England und Belgien.
Das spanisch-französische Tangerabkommen.
Um die Freiheit der Rheinlande.
Ein neues Abkommen mit der Ruhr.

Wilson gestorben

Meldung des Wolff'schen Telegraphenbüros.

Washington, 3. Febr. (Funkspruch.)

Der ehemalige Präsident Wilson ist heute gestorben.

Ueber die letzten Stunden des früheren Präsidenten der Vereinigten Staaten Wilson liegt folgende Meldung vor:

WTB Paris, 2. Febr. Nach einer Havasmeldung aus Washington halten die Aerzte des ehemaligen Präsidenten Wilson es für möglich, das Leben Wilsons noch einige Tage zu verlängern. Der Kranke wird immer schwächer. Er verlor bis jetzt nicht das Bewußtsein, jedoch phantasiert er. Auf die Fragen, die an ihn gerichtet werden, antwortet er kurz. Seine Frau hält sich meist am Krankenbett auf. Gestern abend wurde ein weiterer Kräfteverlust des Kranken festgestellt.

* Mit Wilson geht ein Mann dahin, der von vielen als ein „Messias" gepriesen wurde, dessen Andenken aber bei einem weit größeren Teile der Welt heute nur mit sehr gemischten Gefühlen genannt wird. Zweimal hintereinander wurde er zum Präsidenten der Vereinigten Staaten gewählt. Seine erste Präsidentschaft ist gekennzeichnet durch den Kampf gegen die allmächtig gewordenen amerikanischen Trusts, bei denen er nur einen Teilerfolg errang. Jedoch das ist jedenfalls ein Verdien von ihm, er hat die jeder Hygiene und jedem anständigem Empfinden in der tollsten Weise Hohn sprechenden Zustände in den großen Schlachthäusern Chikagos ans Licht gezogen und auch hierin einen ganz entschiedenen Wandel geschaffen. In die Zeit seiner zweiten Amtstätigkeit fiel der Weltkrieg. Bei der ungeheuren Machtfülle, welche die Verfassung der Vereinigten Staaten Nordamerikas in die Hand seines Präsidenten legte, war zumal da Nordamerika mit seinen riesenhaften Möglichkeiten der Herstellung von Kriegsmaterial und seinen großen Menschenreservoir, seit Beginn des Krieges klar, daß die Stellung Wilsons für den Ausgang des Krieges von der größten Bedeutung sein mußte. Anfänglich war Wilson für strikte Neutralität. Wilson hatte den Ehrgeiz in diesem Kampfe der europäischen Mächte den Schiedsrichter zu spielen. Anstatt nun aber gemäß seiner damals wiederholt geäußerten Ueberzeugung, dies europäische Blutvergießen sei auf jeden Fall zu verhindern, die Herstellung und Ausfuhr von Kriegsmaterial zu verbieten, was eigentlich konsequent gewesen wäre, ließ er die Herstellung und die Ausfuhr von Waffen und Munition ruhig zu und unterstützte damit unsere Gegner in der tollsten Weise. Wenn auch frühzeitig von Deutschland an die amerikanischen Munitionsfabriken Aufträge gegeben wurden, um unseren Feinden zuvorzukommen, so konnten diese Waffen und Munitionen nicht über den Ozean geschafft werden, da Deutschland ja vollständig zur See abgeschnitten und blockiert war, während Schiff auf Schiff ungezählte Waffen und gewaltige Stapel von Munition unseren Gegner zuführte und dadurch den Gegner außerordentlich nützte. Inzwischen aber setzte eine ungeheure Propaganda der feindlichen Mächte in Amerika ein, die mit großem Geschick aufgezogen und Lüge und gemeinste Verleumdung nicht scheuend, gewaltigen Eindruck dort machte, während die deutsche Gegenpropaganda der in Amerika „Deutsche Kulturapostel" genannten deutschen Propagandaredner absolut nicht dagegen aufkommen konnte, sondern nach dem einmütigen Zeugnis angesehener deutscher Persönlichkeiten dadurch, daß sie den nötigen Takt nicht besaßen und durch die falsche psychologische Einstellung der deutschen Sache mehr geschadet als genützt hat, daß sie dort wie ein führendes Organ der deutschen Katholiken in Amerika „Der Wanderer" später schrieb, dort „viel kostbares deutsches Porzellan zerschlagen" hat. Bei der doch Amerika beherrschenden angelsächsischen Kultur und der Einwirkung der ungeheuren, schlau angelegten Propaganda unserer Gegner wandte sich allmählich die Volksstimmung der breitesten Massen Amerikas gegen Deutschland. Hinzu kam, daß die Freimaurer und das Großkapital, das durch die in Amerika gemachten Anleihen unserer Gegner und die ungeheuren Verdienste an den Munitionslieferungen für unsere Gegner sehr an einem Siege unserer Gegner interessiert waren, die Hetze gegen Deutschland planmäßig unterstützten. Die nicht gerade glückliche Politik der Reichsregierung, die alle auch von amtlicher deutscher Seite in Amerika betriebenen Warnungen vor dem unbeschränkten U-Bootkrieg in den Wind fegte, ja sogar so weit ging, den deutschen Reichstagsabgeordneten die Möglichkeit zu rauben, von gut informierter Seite sich über die Stimmung des amerikanischen Volkes und der amerikanischen Regierungsstellen informieren zu lassen, indem sie den aus Amerika von der deutschen Botschaft in Washington über Kopenhagen zurückgekehrten deutschen Militärattache, Freih. von Pape, den jetzigen Zentrumsabgeordneten, der mit einer ernsten Warnung des deutschen Botschafters in Washington vor dem unbeschränkten U-Bootkrieg kam und vom Kanzler zum Vortrag von den Reichstagsabgeordneten aufgefordert war, noch ehe der Vortrag stattfinden konnte, in den Graben schickte, goß Wasser auf die Mühlen unserer Gegner. Die Kriegsstimmung in Amerika wuchs infolgedessen und die Torpedierung der Lusitania, eines Schiffes, das neben Riesenmengen von Munition, eine Anzahl von amerikanischen Passagieren über die See trug, sowie der unbeschränkte U-Bootkrieg trieben Amerika in die Arme unserer Gegner. Im Februar 1917 erfolgte die amerikanische Kriegserklärung. In Amerika begann jetzt ein ungeheures Wettrüsten. Die auf die Waffen- und Munitionsherstellung umgestellte riesige amerikanische Industrie zauberte geradezu ungeheure Massen von Waffen und Munition hervor und der Krieg, der immer mehr ein Materialkrieg geworden war, neigte sich allmählich zu Ungunsten Deutschlands, da Deutschland den ungeheuren Kriegsproduktionen der anderen Länder, vor allem Amerikas nicht Stand halten konnte. Was viele Deutsche nicht geglaubt hatten, Amerika, das bis dahin kein stehendes Heer, sondern nur eine zur Aufrechterhaltung der Ordnung in den einzelnen Staaten recht mäßige Miliz der einzelnen Staaten hatte, stampfte in ganz kurzer Zeit Riesenarmeen aus der Erde Wilson ging hierbei außerordentlich hart und grausam vor. Es setzte eine starke Verfolgung derjenigen Elemente ein, welche aus religiösen Bedenken den Kriegsdienst und die Arbeit in den Munitionsfabriken verweigerten. Erst im vorigen Jahre hat sein Nachfolger Taft die letzten, die aus diesen Gründen zu jahrelangen schweren Zuchthaus- und Kerkerstrafen verurteilt waren, begnadigt. Auch außerordentlich scharf wurde jetzt auf ausdrücklichen Befehl Wilsons gegen die Deutschamerikaner, die sogenannte „Bindestrichdeutschen" vorgegangen und die deutsche Kultur Nordamerikas wird die Schläge, die sie in diesem Kampfe erlitten hat, noch jahrzehntelang fühlen. Insbesondere wurden mit Argusaugen die deutschen Schulen betrachtet und systematisch verfolgt, ja der Gebrauch der deutschen Sprache war recht oft mit großer Gefahr verbunden und viele deutsche Brüder, die aus ihrer Gesinnung kein Hehl machten und, um nicht Verräter am eigenen Volkstum zu werden, die Arbeit in den Munitionsfabriken und den Kriegsdienst verweigerten, mußten in die Gefängnisse und Kerker wandern. Amerikanisches Material und amerikanische ungeheure Menschenreserven wanderten nach Frankreich und in ihrer ungeheuren Ueberzahl erdrückten sie unsere tapferen Helden an der Westfront. In dieser Not wandte die deutsche Regierung sich abermals an Wilson und Wilson gab in seiner Antwort, den bekannten 14 Punkten im Oktober 1918 die Grundzüge des Friedensvertrages, die sich aufbauten auf dem Selbstbestimmungsrecht der Völker, auf Freiheit und Demokratie. Mit großer Begeisterung und mit viel Hoffnung wurde diese Bekanntmachung Wilsons in Deutschland bei weiten Kreisen aufgenommen. Wilson erschien vielen als der neue Heiland der Welt. Eine größere Enttäuschung konnten die auf Wilson schwörenden deutschen Illusionisten nicht erleben als wie sie, nachdem auf die Versprechungen Wilsons hin das deutsche Volk die Waffen aus der Hand gelegt hatte, das Schanddokument des diktierten Knechtschaftsvertrages von Versailles das fälschlich Friedensvertrag genannt ist, nicht bringen; denn keine der von Wilson gemachten Versprechungen ist gehalten worden. Man braucht nur an die Knechtung Deutschlands, an die Losreißung vieler Landesteile vom deutschen Reich gegen den Willen ihrer Bevölkerung zu erinnern. Wilson trägt daran ein volles und gerüttelten Maß von Schuld. Doch die Treiber dazu steckten hinter den Kulissen. Einer der ersten dieser verderblichen Kräfte ist der amerikanische Freimaurerführer und Jude Baruch. Ein zweiter ist Wilsons vertrauter Freund, der Oberst **House**, der ohne eine offizielle Stellung innezuhaben und ohne Mitglied des Senats oder der Kammer zu sein, einen außerordentlich großen Einfluß bei und auf Wilson hatte Hierzu kam daß eine polnische junge Baronesse von berückender Schönheit es, wie in Pariser Kreisen wohl bekannt ist, verstand, Wilson in ihren Bann zu ziehen und diesen Einfluß auf Wilson auch politisch für ihr Vaterland auszunutzen. Wilson, der absolut nichts von europäischen Verhältnissen kannte, wurde zum großen Teil ohne sein Wissen von diesen Leuten übertölpelt. Hinzu kam das gerissene Auftreten des mit allen Schlichen arbeitendem französischen Diplomaten Clemenceaus und seines mit gefälschten Zahlen arbeitenden Jüngers Tardieu, das aus den von Wilsons Privatsekretär Beker herausgegebene Memoiren Wilsons deutlich hervorgeht. So wurde Wilson, der glaubte selbstherrlich die Friedensbedingungen entwerfen zu können, von anderen, ohne daß er merkte, geschoben und so wurde sein feierliches Versprechen an das deutsche Volk in einer Weise gebrochen, wie es in der Weltgeschichte bisher nie dagewesen ist. Das wird seinen Namen mit fluchwürdigen schwarzen Lettern in der Weltgeschichte und in der Geschichte des deutschen Volkes, das unter den schmachwürdigen von Wilsons geschmiedeten Ketten schmachtet, für ewige Zeiten festhalten und brandmarken. Daran ändert auch nichts die Tatsache, daß Wilson mit kleinen Palliatiomitteln suchte, die von ihm geschlagenen Wunden zu heilen. So meldet uns ein Funktelegramm aus Newyork, daß die World in Newyork mitteilt, Wilson habe am Freitag vom Krankenbette aus an den früheren amerikanischen Gesandten in Berlin Gerard ein Telegramm gesandt, indem er seine Mitgliedschaft an einer Vereinigung zur Steuerung der Not der deutschen Gelehrten angemeldet und eine namhafte Summe dafür überwiesen habe. Die World findet es bezeichnend, daß Wilson für deutsche Gelehrte und deutsche Note noch etwas übrig habe. Diesen guten Zug Wilsons konstatieren auch wir gern, ist er doch ein Zeichen, daß endlich in Amerika sich die Wahrheit über die deutschen Zustände durchsetzt. Aber die Not hat Wilson zum großen Teil verschuldet und wir freuen uns, daß er noch in letzter Stunden dies eingesehen hat und auch, wenn auch nur mit kleinen Mitteln das zu heilen sucht. Doch sein Name wird für Deutsche ewig ein Zeichen eines gebrochenen Wortes sein, mit ihm wird sich stets die Erinnerung an das Schmachdiktat von Versailles verknüpfen. Der Retter der Welt, der er vorgab zu sein, ist er nicht gewesen. Das Scheitern seines großen Planes hat den Mann auch sittlich gebrochen. Denn sein späteres Leben hatte keine größeren Erfolge mehr aufzuweisen, war vielmehr, wie wir aus amerikanischen gut informierten Kreisen wissen, so anstößig, daß seine Frau und seine Tochter sich von ihm zurückzogen. Er wollte der neue Heiland der Welt werden, aber sein Stolz wurde gedemütigt. Der **Henker Europas** wurde er. Der Heiland Europas konnte er nicht werden, weil nur auf Grundlage der sittlichen Ideen des Christentums, der Gerechtigkeit und der Nächstenliebe, allen Völkern Heil werden kann. Davon zeigt aber sein Werk, das schmachvolle Diktat von Versailles nicht eine Spur. Und so lange wird Unfrieden Europa durcheilen, ehe nicht dies Schandprodukt ersetzt ist, durch einen allen Völkern eine Lebensmöglichkeit gebenden wirklichen Vertrag. Danach zu streben muß Ehrensache aller Deutschen sein und den festen Entschluß hierzu zu fassen ist heute da der Vater dieses Schmachvertrages gestorben ist, der gegebene Augenblick.

Dr. W.

Belgien und Sowjetrußland.

Meldung des Wolff'schen Telegraphenbüros.

Paris, 4. Febr.

Nach dem „Oeuvre" hat das belgische Kabinett sich schon vor einiger Zeit mit der Anerkennung Sowjetrußland beschäftigt und dem Außenminister Jaspars freie Hand gelassen. Die rechtliche Anerkennung Rußlands könne nicht in Frage kommen, ehe nicht Rußland die russischen Schulden anerkannt habe. Die belgischen Waren müßten zollfrei bleiben oder dürften nur mit geringen Zöllen belastet werden. Die belgischen Wirtschaftskreise würden sofort einen Vertreter nach Moskau senden, nachdem ein eigener für Moskau gesandter belgischer Wirtschaftsvertreter vor einem Monat nicht übergekommen ist. Nach der Anerkennung Rußland durch England wird sich das belgische Kabinett am Montag mit der Anerkennung Rußland von neuem befassen.

Der Chef der russischen Handelsabteilung in London über die Anerkennung Rußlands durch England.

WTB Paris, 3. Februar.

Der Chef der russischen Handelsabteilung in London, Rakowski, erklärte dem Berichterstatter des Petit Parisien, es sei bemerkenswert, daß die veröffentlichte englische Note mit der kategorischen Feststellung der Anerkennung de jure beginne. Schon durch diese Formel werde eine Atmosphäre geschaffen, die die bevorstehenden Verhandlungen begünstigen. Als Beantwortung der Frage des Berichterstatters, ob nicht zwischen beiden Regierungen eine **grundsätzliche Verständigung** erfolgen könne, erklärte Rakowski, die in der englischen Antwort verlangte Anerkennung der vor der Republik geschlossenen Verträge würden nach seiner Ansicht keine übermäßigen Schwierigkeiten machen. Es handele sich um die einfache Anwendung des Völkerrechts. Rechtlich hinfällig gewordene oder gekündigte Verträge seien von den Verhandlungen ausgeschlossen. Der Berichterstatter will den Eindruck gewonnen haben, daß London und Moskau in finanzieller Hinsicht sich grundsätzlich Billigkeit zugesichert hätten, daß also die Frage der russischen Schulden, die der Enteignung von Privateigentum und der Propaganda grundsätzlich geregelt seien.

Der 60er Ausschuß gegen den separatistischen Terror.

Der 60er-Ausschuß hat sich in seiner letzten Sitzung eingehend mit der Separatistenfrage beschäftigt und folgende Entschließung gefaßt:

Die im 60er-Ausschuß vereinigten politischen Parteien des gesamten besetzten Gebietes **erklären** feierlich, daß hinter den Separatisten, die erst im französisch und belgisch besetzten Gebiete der Rheinprovinz, Hessens und Nassaus hausten und nun seit Wochen in der Pfalz die Bevölkerung dem fürchterlichsten Terror aussetzen,

keine einzige politische Partei

und

kein anständiger deutscher Mann

stehen. Würde man der Bevölkerung die gleichen Rechte geben, die die Separatisten sich anmaßen dürfen oder ihr auch nur freie Hand lassen, so würde die Separatistenherrschaft in noch **nicht 24** Stunden von der Empörung des gesamten rheinischen Volkes hinweggefegt sein.

Wir verlangen deshalb

freie Hand

gegen die Separatisten.

Die rheinischen Separatisten verlangen eine internationale Kommission.

Havas berichtet aus Düsseldorf, der Führer des rheinisch-westfälischen Unabhängigkeitsbundes Matthes hat General Degoutte und Oberkommissar Tirard eine Resolution unterbreitet, die der Vorstand seiner Partei angenommen habe. **Matthes verlangt, daß eine internationale Kommission** im Rheinland und Westfalen eine Enquete veranstaltet über die Bedeutung der separatistischen Bewegung, über die Zahl der eingeschriebenen Mitglieder, über die Meinung der Festbesoldeten, der Arbeiter, der Bürger und Beamten. Ferner soll die Kommission sich unterrichteten über die Tätigkeit der nationalen Organisationen, ihrer Propaganda, ihrer Aufreizung zur Revanche, sowie über den wirtschaftlichen und sozialen Druck, den die preußische Behörde auf die Bevölkerung ausübt. Außerdem über die finanzielle Hilfe, die diesen nationalistischen und antiseparatistischen Vereinigungen durch gewisse englische Kreise zuteil wird. Die Resolution verlangt, daß ein Irländer, ein Tschecho und ein Schweizer veranlaßt werden sollen, diese Informationsreise zu unternehmen. (Angebrachter wäre jedenfalls, daß diese Kommission sich über den Terror der Separatisten unterrichtete. Die Red.)

Die Entscheidung über die Pfalzfrage vertagt.

WTB London, 2. Febr. Nach den englischen drahtlosen Pressedienst hat die Rheinlandkommission heute beschlossen, die Frage der Dekrete der autonomen Pfalzregierung auf unbestimmte Zeit zu **vertagen**.

Chaotische Zustände in Pirmasens.

In Pirmasens herrschen chaotische Zustände. Die Stadt ist ohne jeden polizeilichen Schutz. Die städtische Beamtenschaft hat nach der Besetzung des Stadthauses wegen der Bedrohung durch die Separatisten die Arbeit niedergelegt.

Der Kampf mit den Separatisten.

WTB Kirchheim-Bolanden, 3. Febr. Der Stadtrat hat beschlossen, seine Tätigkeit solange einzustellen, bis das alte Bezirksamt wieder eingestellt ist und geordnete Verhältnisse eingetreten sind. Auf diesen Beschluß hin wurde der Bürgermeister einer Besprechung eingeladen, in der dieser ihm eröffnete, daß er seine Geschäfte weiter zu führen habe, widrigenfalls er und der Stadtsekretär Becker Buß von dem separatistischen Bezirkskommissar zu Ausweisung aus dem besetzten Gebiet und Vermögensbeschlagnahme zu gegenwärtigen hätten.

Neue Forderungen der Besatzungsmächte im neubesetzten Gebiete.

Von der französisch-belgischen Seite sind in der letzten Zeit neue Anforderungen an die deutsche Regierung gestellt worden, die aber abgelehnt wurden. So verlangten die Besatzungsmächte die Errichtung einer Artilleriekaserne in Bochum, die 4 Millionen Goldmark kostet, in Düsseldorf der Bau eines Lagerschuppens und einer Artilleriekaserne, die zusammen 3 Millionen Goldmark, in Dortmund die Errichtung einer Artilleriekaserne, die 4 Millionen Goldmark kostet, 2 Ställe für 250 000 Goldmark, in Essen die Unterbringung von 980 Familien mit insgesamt 3000 Wohnräumen, deren Ausstattung von Deutschland verlangt wird, für 3 Millionen Goldmark, ferner in Essen die Errichtung eines Kasinos im Werte von 250 000 Goldmark, sowie die Errichtung von Ställen für 1150 Pferde für 250 000 Goldmark, ferner in Mettmann die Errichtung von Wohnungen im Werte von 4,8 Millionen Goldmark sowie die Errichtung eines Kasinos von 225 000 Goldmark, in Lennep die Errichtung einer Kaserne von 800 000 Goldmark, in Gräfrath die Errichtung einer Kaserne für ein Infanterieregiment, die 2 Millionen Goldmark kostet, in Recklinghausen die Errichtung einer Kaserne

für Kavallerie, die ungefähr 5 Millionen Goldmark kosten würde!

Würde diesen Anforderungen von deutscher Seite stattgegeben werden, so würde das Ausgabenkonto mit weiteren 25 Millionen Goldmark zu belasten sein.

Die Besatzungskosten.

Dem ersten Sachverständigenausschuß der Reparationskommission ist mit dem von der deutschen Regierung vorgelegtem Material auch eine eingehende Darlegung über die Frage der Besatzungskosten übergeben worden. Nach authentischen Schätzungen belaufen sich diese auf ungefähr 7 bis 900 Millionen Goldmark monatlich. Dies ist eine Summe, die von der deutschen Regierung auf die Dauer nicht bezahlt werden kann, ohne die deutschen Finanzen aufs Neue einer Katastrophe entgegenzuführen.

Eine Ehrenrettung der Kölner Handelskammer für Geheimrat Hagen.

In der Versammlung der Kölner Handelskammer wurde bekanntgegeben, daß der Verwaltungsausschuß in einer vertraulichen Plenarsitzung, der Geheimrat Hagen nicht beigewohnt hat, gestern nachstehende Erklärung beschlossen hat:

„Die Handelskammer hat erst am 11. Januar durch einstimmige Wiederwahl ihres hochverdienten Geheimrats Hagen ihr volles Vertrauen bekundet. Angesichts wieder hervorgetretener Treiberein spricht sie unter **entschiedener Zurückweisung der gegen Geheimrat Hagen gerichteten auf falscher Grundlage beruhenden Angriffe einstimmig ihrem Vorsitzenden das volle Vertrauen aus.** Die Handelskammer weiß sich mit ihrem Vorsitzenden in dem stets von ihm vertretenen Gedanken, daß **staatsrechtliche Entscheidungen von ihr in keiner Form zu betreiben sind.**"

Die öffentliche Versammlung der Handelskammer trat uneingeschränkt auf diesen Standpunkt.

Die neuen Botschafter in Paris und Brüssel.

WTB Berlin, 4. Febr Der Reichspräsident hat den Geschäftsträger in Paris, Dr. Leopold **v. Hoesch,** zum Botschafter in Paris und den bisherigen Gesandten in Belgrad, Dr. v. Keller, zum Gesandten in Brüssel ernannt.

* * *

Der neuernannte Botschafter Dr. Leopold v. Hoesel ist am 10. Juni 1881 in Sachsen geboren Nach bestandener juristischer Prüfung am 8. November 1904 wurde er am 23. August 1907 als Anwärter für den diplomatischen Dienst zugelassen und der Gesandtschaft in Peking überwiesen. Am 24. Juli 1909 wurde er der Botschaft in Paris zugeteilt, 1910 war er kurze Zeit kommissarisch bei der Botschaft in Madrid tätig. Am 2. März 1912 wurde er zum Legationssekretär ernannt und kommissarisch bei der Botschaft in London beschäftigt, am 15. Oktober 1912 wurde er zum 3. Sekretär bei der Botschaft in London ernannt, 1915 war er kommissarisch bei der Gesandtschaft in Sofia, 1916 bei der Botschaft in Konstantinopel, 1917 im Auswärtigen Amt verwendet. Am 11. April 1918 wurde er zum Legationsrat ernannt und war dann der Gesandtschaft in Christiania und der Botschaft in Madrid zugeteilt. Vom 18. Januar 1921 an war er wieder der Botschaft in Paris zugeteilt, wo er am 14. Juni 1921 zum Botschaftsrat ernannt wurde. Seit dem Einbruch der Franzosen in das Ruhrgebiet und der Abberufung des Botschafters Dr. Mayer fungierte Herr v. Hoesch als Geschäftsträger in Paris.

* * *

Herr v. Keller steht ausgangs der vierziger Jahre, ist Bayer von Geburt und Sohn eines Generals. Er ist aus der Konsulatslaufbahn hervorgegangen und war Generalkonsul in Lourenco Marques (Portug. Afrika) und Kalkutta, ferner in Kapstadt. Dann war er lange Jahre in der Rechtsabteilung des Auswärtigen Amtes tätig. Während des Krieges schrieb er ein Werk über das Staatsrecht der alten Donau-Monarchie, in dem er u. a. auch auf die südslawische Frage ausführlich einging. Nach der Revolution ging er in die Friedensabteilung des Auswärtigen Amtes über. Im Jahre 1920 erhielt er einen Ruf als Ordinarius für Staatsrecht an die Universität Rostock, lehnte aber die Annahme des Rufes ab, weil er inzwischen zum Geschäftsträger in Belgrad ernannt worden war. Er übernahm den Posten im August 1920 und wurde dort im Dezember 1921 zum Gesandten ernannt.

Deutsches Reich

Die Arbeit der Sachverständigen,

nehmen, nachdem die Fühlungnahme mit der Reichsregierung hergestellt wurde, nun ihren ordnungsmäßigen Verlauf. Es sind nunmehr die beiden Ausschüsse in Tätigkeit und sie haben bereits eine ganze Reihe von deutschen Persönlichkeiten, so mehrfach den Reichsbankpräsidenten, den Staatssekretär Bergmann und den Direktor Wassermann von der Deutschen Bank zu Auskünften gebeten. Die Kommissionen halten täglich zwei Sitzungen ab. Der Stoff, den sie zu bearbeiten haben, ist freilich ein ganz gewaltiger. Dennoch wird angenommen, daß bis Mitte Februar die Hauptarbeit getan sein kann. Die offizielle Feststellung der Berichte wird aber erst in Paris erfolgen. Diese Berichte werden dann den Regierungen der alliierten Mächte zu Rückäußerungen zugehen, und erst dann wird die Reparationskommission über das weitere Vorgehen Beschluß fassen.

Die Entwicklung der Verhandlungen in der Reparationsfrage.

Newyork Herald veröffentlicht ohne Quellenangabe folgende Darstellung der bisherigen Entwicklung der Verhandlungen der Alliierten in der Reparationsfrage.

1. Die Sachverständigenkommissionen würden an die Reparationskommission berichten, die, bevor sie sich über diese Berichte ausspreche, Instruktionen von ihren Regierungen einholen werde.

2. Hierbei würde der **Weg für eine Konferenz zwischen den Ministerpräsidenten** freigemacht, die Ende März stattfinden solle, zu der **Amerika und Deutschland** eingelassen werden sollten. Die Verhandlungen zwischen den Kanzleien würden eine Beseitigung der Meinungsverschiedenheiten bringen. Gleichzeitig mit der Konferenz oder unmittelbar nachher solle der Versuch gemacht werden, Poincares **Plan einer internationalen Konferenz zur Revision der internationalen Zahlungsverpflichtungen** durch Streichung, Herabsetzung oder Konsolidierung zu verwirklichen. Es wird die Hoffnung ausgesprochen, daß es den Vereinigten Staaten möglich sei, im Interesse des europäischen Friedens hierbei mitzutun und sobald eine Verständigung erzielt sei, würde Deutschland in den Völkerbund aufgenommen werden unter der Bedingung, daß es seine Verpflichtungen erfülle.

Das Blatt glaubt feststellen zu können, daß man sich französischerseits für diesen letzten Gedanken zu erwärmen beginne, da man von seiner Verwirklichung eine einmütige Haltung der Alliierten und Amerikas gegenüber einem etwaigen Versagen Deutschlands erhoffe.

Abbau im Reichstag.

Der Spar-Ausschuß im Reichstag hatte sich mit Vorschlägen zu befassen, die sich auch auf einen Abbau der Kosten für den Reichstag bezogen. Es war angeregt worden, für die Abgeordneten die Fahrtberechtigung erster Klasse aufzuheben und nur eine Fahrtberechtigung zweiter Klasse zu geben. Weiter war vom Finanzministerium vorgesehen worden, bei Abgeordneten die Schlafwagen-Vergünstigung zu entziehen. Die Abgeordneten müssen bisher auch schon, wenn auch zu einem etwas ermäßigtem Preise ihre Schlafwagenkarten bezahlen. **Gegen diese Vorschläge haben sich aber sämtliche Parteien gewandt**

Eine weitere Ersparnis schlägt das Reichsfinanzministerium durch die Verkürzungen der **Stenogramme** vor. Nun besteht zu einesteils darüber, daß die stundenlangen Oppositionsreden wahrhaftig nicht wert sind, gedruckt zu werden denn die Kosten für die Drucklegung der Reden sind ganz ungeheure. Die Reden werden an sich auch künftighin im Stenogramm aufgenommen werden und diese Stenogramme sollen als dokumtarische Beweisstücke wie bisher aufbewahrt werden. Nur sollen die Redner gehalten sein, die für die Drucklegung bestimmten Ausführungen möglichst auf einer Druckseite zusammenzufassen. Es ist wahrscheinlich, daß in der eben vorgezeichneten Form verfahren wird.

Um die Aufhebung des Ausnahmezustandes.

Zwischen dem Reichspräsidenten, dem Reichskanzler, dem Reichswehrminister und dem Reichsminister des Innern haben persönliche Besprechungen über die Aufhebung bezw. Milderung des Ausnahmezustandes stattgefunden. Die Entscheidung über diese Frage wird nicht zuletzt auch davon abhängen, wie sich die Lage in Bayern gestalten wird. Auch bei den letzten Unterredungen der Reichsregierung mit den Parteiführern hat diese Frage den Haupterörterungsgegenstand gebildet, wobei die Ansicht zum Ausdruck kam, daß die **Reichstagswahlen nicht unter dem Ausnahmezustand stattfinden sollen.**

Der Erholungsurlaub der Beamten.

Meldung des Wolff'schen Telegraphenbüros.

Berlin, 4. Febr.

Die Meldung daß das Reichskabinett den Erholungsurlaub der Beamten für 1924 generell um 7 Tage gekürzt habe, ist in dieser Form **nicht richtig,** sondern das Reichskabinett hat beschlossen, auf dieser Grundlage mit den Spitzenorganisationen und den Vertretern der Länder zu verhandeln und erst dann endgültige Beschlüsse zu fassen.

Agitation mit dem Beamtenabbau.

Von parlamentarischer Seite wird uns geschrieben: Schneller und reibungsloser, als man erwarten durfte bei Erlaß der Abbauverordnung, hat sich der Beamtenabbau bis jetzt vollzogen. Während ursprünglich vorgesehen war, daß 15 Prozent der am 1. Oktober 1923 im Dienst befindlichen Beamten und Staatsangestellten bis zum 1. April 1924 zur Entlassung kommen sollten, ist in den meisten Ressorts bereits zum 31. Januar ein weit größerer Prozentsatz „abgebaut" worden, wie aus den Mitteilungen, die dem Sparausschuß des Reichstages gemacht wurden, hervorgeht. Im ganzen dürfte die Kopfzahl heute bereits um 20 Prozent verringert sein gegenüber dem Stand vom 1. Oktober, soweit das Reich in Frage kommt.

Es ist selbstverständlich, daß sich solch rigorose Maßnahmen nur mit der finanziellen Notlage des Reiches begründen lassen. Um so eigenartiger muß es berühren, daß der **deutschnationale** Reichstagsabgeordnete **Deglerk** in der parteiamtlichen „Korrespondenz der deutschnationalen Volkspartei" ankündigt, die deutschnationale Volkspartei werde für später, sobald ein gewisser Abschluß des Personalabbaues erreicht, „den bisher nach keiner Richtung auch nur versuchten Nachweis fordern, welche Ersparnisse tatsächlich dadurch erzielt worden sind. „Wenn durch den Abbau kaum Ersparnisse erzielt werden, fällt die einzige Voraussetzung fort, die es in der jetzigen Zeit rechtfertigen kann, Tausenden von Familien die Grundlage ihrer Existenz zu nehmen." Wir verstehen auch nicht recht, weshalb die deutschnationale Volkspartei diesen Nachweis erst „später, sobald ein gewisser Abschluß erreicht ist," fordern will und nicht **jetzt.** Sollte sie etwa, trotz ihrer Einsicht von der Zwecklosigkeit des Beamtenabbaues, diesen ruhig gewähren lassen, weil sie glaubt, daß das Dreimännerkollegium, bestehend aus den Herren Sämisch, Busch und Lewald und unterstützt durch den „fachmännischen" Rat des Herrn von Welser, die Reichsverwaltung von „nicht genehmen" Elementen säubert

Diese Vermutung hat manches für sich. In der Deutschen Allgemeinen Zeitung z. B. forderte ein bekannter ehemaliger vortragender Rat ganz offen, daß **sämtliche Sozialdemokraten** entlassen werden sollen. Das hieße denn doch, den Beamtenabbau nicht nach den sachlichen Gesichtspunkten der Brauchbarkeit und Tüchtigkeit und unter Berücksichtigung der Familienverhältnisse, sondern rein unter parteipolitischen Gesichtspunkten vornehmen. Nun — wir brauchen nicht die Felle der Sozialdemokraten zu behüten — aber was heute diesen **widerfährt, kann morgen uns widerfahren,** und man hört schon in Kreisen, die durchaus ernst zu nehmen sind, **daß** nach der Sozialdemokratie **das Zentrum an die Reihe kommt.** Wir warnen davor, den Beamtenabbau nach politischen Erwägungen vorzunehmen. Wenn überhaupt solchen Erwägungen Raum gegeben werden darf, dann nur nach der Richtung hin, daß man dem **Unrecht,** das Jahrzehntelang dem katholischen Volksteil durch Ausschluß aus der Verwaltung zugeführt worden war und das heute noch lange nicht völlig beseitigt ist, nicht auf dem Wege des Abbaues wieder traurige Geltung verschafft. Die Neigung dazu ist unzweifelhaft vorhanden.

Nacherhebung von Ausfuhrabgaben.

Berlin, 30. Jan. Durch eine Verordnung des Reichswirtschaftsministers und des Reichsministers der Finanzen, die in den nächsten Tagen im Reichsanzeiger veröffentlicht werden, wird bestimmt, daß Ausfuhrabgaben unter 50 Goldmark für eine Ausfuhrbewilligung weder nacherhoben noch erstattet wird. Ausfuhrabgaben von 50 Goldmark und darüber für Ein- und Ausfuhrbewilligungen werden nur erstattet, wenn der Antrag spätestens am 15. Februar 1924 bei der Stelle, die die Ausfuhrbewilligung erteilt hat oder beim Reichskommissar für Ein- und Ausfuhrbewilligungen eingegangen ist.

Der Lohntarif der Eisenbahnarbeiter gekündigt.

Berlin, 1. Febr. Privatnachricht. Der gesamte Lohntarifvertrag für die rund 400 000 Eisenbahnern ist durch das Reichsverkehrsministerium gekündigt worden. Wie ein Berliner Blatt wissen will, werden die schon in der nächsten Zeit beginnenden Verhandlungen im Reichsverkehrsministerium die Frage der Arbeitszeit regeln. Es besteht auch die Ansicht, die Lohnregelung wie bisher zentral für das ganze Reich durchzuführen, sondern entsprechend den wirtschaftlichen Verhältnissen in den verschiedenen Landesteilen.

Festgenommener Spion.

Meldung des Wolff'schen Telegraphenbüros.

Paris, 2. Februar.

Petit Parisien wird aus Straßburg gemeldet, daß die badische Polizei in Lörrach den Direktor einer Handelsfirma festnahm, der beschuldigt wird, im **französischen Spionagedienst** zu arbeiten. Weitere Verhaftungen von Mitschuldigen seien in den letzten Tag vorgenommen worden.

Von deutscher Seite liegt bisher noch **keine** Bestätigung dieser Nachricht vor. Deshalb geben wir diese Nachricht **nur mit allem Vorbehalt** wieder. Obwohl es genügend bekannt ist, daß es leider genügend Leute gibt, die von deutschen Eltern stammen und sich nicht scheuen, für die Franosen Spionagedienste zu treiben und ihr eigenes Volk zu verraten, so hat doch die Erfahrung gelehrt, daß von Paris aus derartige Meldungen in die Welt gesetzt werden, um eine Handhabe für Repressalien zu haben.

Steuerüberweilungen an Gemeinden und Kreise.

Wie der amtliche Preußische Pressedienst mitteilt, kommen aus Steuerüberweisungen des Reiches zur Verteilung:

a) Einkommensteuer auf jeden Rechnungsanteil der Provinzen 30, der Landkreise 60, der Gemeinden 300 Millionen;

b) Körperschaftssteuer auf jeden Rechnungsanteil der Provinzen 14, der Landkreise 30, der Gemeinden 145 Millionen;

c) Umsatzsteuer je Einheit des Umsatzsteuerschlüssels der Landkreise 9000, der Gemeinden 30 000 Millionen;

d) an Kraftfahrzeugsteuer (1 Kfz.) stehen 236450 Goldmark:

e) für Dotationen stehen 1 200 000 Goldmark zur Verfügung.

Der ewige Kampf.

5) Roman von Karlfriedrich Baberodt.

Hatten die Mädchen die Wahl, sich ihren Tänzer auszusuchen zu dürfen, war keiner so begehrt wie wie Heinz Potter, aber erfinderisch, wie er war, wußte er es immer fast so einzurichten, daß die Lene aus dem „Krug" seine Tänzerin war, die ihm deutlich zeigte, daß er ihr nicht gleichgültig sei, wenn sie ihrer Mädchenwürde dabei auch nichts vergab.

Als er spät nach Mitternacht die Bruckschen Hofknechte suchte, um mit ihnen heimzugehen, sah er sofort aus ihren unfreundlichen Zügen, daß seine Gesellschaft ihnen nicht angenehm sei. „Nimm doch die Lene mit und ihren Bräutigam dazu," schrie einer spöttisch. „Ha, der wird sich freuen, der Jan!" — Da hatte Heinz Potter ein Gesicht, als strömte ihm alles Blut zum Herzen. Der Glücksrausch war plötzlich verflogen, etwas Würgendes, Schmerzendes saß ihm an der Kehle. Und immer wieder auf seinem einsamen, dunklen Heimweg hörte er die höhnischen Worte: „Die Lene und ihren Bräutigam . . . . ."

* * *

Balthasar Sluyter stand auf der obersten Stufe der Treppe, die von der Straße aus zu seinem Laden führte, und beguckte sich das Wetter. Der Himmel war wolkenlos und blau und die Sonne schien warm und behaglich in die Welt. Es war just das rechte Wetter, reifen zu lassen, was während des Sommers so üppig geblüht hatte. Krämer Sluyter war zufrieden, das sah man daran, wie er umständlich eine Prise nahm, die feinen Tabaksresten vom Handrücken blies und eine Weile später geräuschvoll, wie ein Mann, der sich das leisten darf, in das große, rote Taschentuch niefte. Aus dem Dunkel des Ladens, wo es nach Heringslake, Käse und neuen wollenen Kleiderstoffen roch, wünschte eine Fistelstimme Herrn Balthasar Sluyter ein herzhaftes „Gesundheit!" Aber der Krämer nahm keine Notiz davon. Er schritt gemessen die paar Stufen hinab und ging bis zur nächsten Straßenecke, wo der Fahrweg von der Kreisstadt in die Lossumer Dorfstraße einmündete. Dort zog er seine Uhr, ließ den goldenen Deckel erst ein wenig in der Sonne funkeln, ehe er ihn aufspringen ließ und sah dann nach der Zeit.

Herr Balhasar Sluyter war viel zu würdig, um Selbstgesprächte zu halten, aber er schüttelte so ernsthaft den Kopf wie einer, dem jegliches Vertrauen auf die Zuverlässigkeit seiner Mitmenschen abhanden=gekommen ist. Schon wandte er sich, um langsam und aufrecht nach Hause gehen, als lustiges Peitschengeknall ihn plötzlich alle Reputation vergessen ließ und er mit fliegenden Rockschößen seinem Laden zueilte.

Ein mit Kisten und Säcken beladener Wagen hielt vor seinem Hause. Heinz Potter stand daneben und klatschte mit der Peitsche in die Luft, als wollte er die Bewohner des Hauses herbeirufen.

Atemlos kam Balthasar Sluyter heran. „Mein Gott und Vater, Potter, welchen Weg seid Ihr Ihr denn gekommen? Seit einer Stunde stehe ich auf der Landstraße und warte auf Euch." —

„Ich hatte drunten bei der Fähre zu machen eine Bestellung, bin gefahren deshalb einen Umweg. Denke nicht, daß es etwas geschadet hat Ihrer Kiste."

„Nein, geschadet nicht, bin aber froh, daß sie da ist. Madam Boersma hat schon zweimal nach gelben Erbsen geschickt. Fritz Küppers, der Lümmel, hat sie mir rein ausgehen lassen. So lange ich das Geschäft habe, dreißig Jahre, oder auch vierzig, ist mir so was noch nicht passiert. Die gelben Erbsen ausgehen zu lassen . . . ."

„Wie Sie tun, nun haben Sie ja die gelben Erbsen! Soll ich abladen oder . . . ."

„Nein, warten Sie! Fritz — Fritz Küppers! Der Mensch hat grüne Seife in den Ohren! Küppers Kerl, vorwärts! Die Erbsen sind da. „Abladen helfen!"

In der Ladentür erschien ein hochaufgeschossener blonder Jüngling, mit schlenkernden Armen und ganz auffallend dünnen Beinen, die in viel zu kurzen, ausgebeulten Hosen staken.

„Herr Sluyter", krähte er, „haben Herr Sluyter gerufen? Da bin ich ja schon". Seine wasserblauen, Augen schienen ihm fast aus dem Kopf quellen zu wollen, so dienstfertig suchten sie Herrn Balthasar Sluyter.

„Na ja, Fritz, mein Junge", sagte Herr Sluyter schon wieder besänftigend, „komm mal her und faß mal die Kiste ein bißchen mit an".

Aber ehe Fritz Küppers noch zu dem Wagen kam, hatte Heinz Potter das kostbare Stück bereits auf den Rücken und trug es wie ein leichtes Spielzeug die paar Stufen hinauf. Im Hausflur setzte er die Kiste nieder und sah sich lachend nach Fritz um.

„Hallo, Boy! Get up and sing!" spottete er. Fritz starrte ihn verständnislos an. Balthasar Sluyter war inzwischen ebenfalls herangekommen. Er nahm die Mütze ab und strich sich mißmutig mit der Hand über den kahlen Schädel.

„Fritz Küppers, mein Jung, bist mal wieder 'n bißchen zu spät gekommen. Sag ich dir nicht immer, du sollst auf dem Posten sein? Wer im Kleinen zu spät kommt, kommt im Großen zu spät."

Es war Herrn Balthasar Sluyters Besonderheit, solche goldenen Lebensregeln freigebig auszuteuern. Er schrieb diese Neigung dem zu, daß seine selige Mutter eine Kantorstochter gewesen war, und Großvater Kantor war ein sehr Gelehrter gewesen. Ein wenig von dieser Gelehrsamkeit hatte sich offensichtlich auf Balthasar Sluyter vererbt, was ihm aber nicht hinderte, sich als Kind des Volkes zu fühlen und mit „den Leuten" in wahrhaft jovialer Weise zu verkehren.

Als Heinz Potter sich entfernen wollte, hielt Sluyter ihn am Arm fest. „Aber, Herr Potter, das werden Sie mir doch nicht antun . . . . 'n Lütten müssen Sie nehmen . . . . ."

Er zog ihn in den Laden und begab sich selber hinter die Theke, füllte zwei Gläschen mit scharf riechendem Wachholderschnaps und und nickte Potter ein „Prosit" zu.

„Das tut wohl, wenn man so lang in der Sonne gefahren ist. Ich kenn' den Weg über die Fähre — er ist bruttig warm." Er schlug sich vor die Stirn, als fiel ihm jetzt erst ein, was er noch sagen wollte. „Mein Gott, da haben Sie wohl auch den Jan Gilles getroffen und die Lene? Sie mußten just zu der Zeit unten gewesen sein."

Heinz Potter schaute Sluyter mißtrauisch an. Es war ihm schon häufiger so vorgekommen, als suche man ihn in besondere Beziehungen zu der schönen Lene zu bringen. Mehrfach hatte man auch verfängliche Fragen an ihn gerichtet, aber so harmlos man auch getan hatte, er hatte das sofort gesehen, wohinaus man wollte. Deshalb gab er auf Sluyters Frage nur eine knappe Antwort, die sich jener deuten konnte, wie er wollte. „Ja, ich habe gesehen, die beiden."

„Und gesprochen, oder begrüßt? Ich hab' die Lene gesehn, als sie fortgingen. Sah so hübsch aus in dem hellen Zeug . . . ."

„Ich habe sie von weitem gegrüßt, natürlich", schnitt ihm Potter die Rede ab.

„Es wird ihnen leid getan haben, daß sie Euch nicht gesprochen haben, den Jan und seine Braut . ." Seit Wochen bemühte sich Heinz Potter jetzt, ein Wort mit der Lene zu sprechen, aber nie war die Gelegenheit günstig. Kaum, daß er das Mädchen von Zeit zu Zeit von ferne sehen konnte, denn so oft er auch in den „Krug" kam, jedesmal' blieb die Lene unsichtbar für ihn.

Sollte er Sluyter sagen, daß er absichtsvoll den weiten Umweg an der Fähre vorbeigemacht hatte, weil er gewußt, daß der Jan mit seiner Braut dort vorbeikommen wollte? Man sah Balthasar Sluyter ordentlich an wie gierig er auf ei. verräterisches Wort Potters lauerte, das er abends im „Krug" zum besten geben könnte. Nein, der Triumph sollte dem Krämer nicht werden. Heinz Potter war auf der Hut.

Seit jenem Kirmestanz zog es ihn mit allen Fasern seines Herzens zu dem jungen Mädchen. Seine Träume waren von ihr erfüllt und im Wachen verließ ihn ihr Bild nicht.

(Fortsetzung folgt.)

Wirtschaftsteil.

Die Aufwertung.

Von unserem Berliner Vertreter.

Die Verhandlungen im Schoße der Reichsregierung über die sogenannte Aufwertung sind nun zu einem gewissen Abschluß, aber noch nicht zu einem endgültigen Abschluß gekommen. Die Fülle von wirtschaftlichen, rechtlichen und vor allem auch sozialen Fragen, die mit der „Aufwertung" zusammenhängen, lassen es doch geboten erscheinen, daß noch nähere Verhandlungen nicht nur innerhalb der beteiligten Ressorts, sondern auch in Fühlungnahme mit den Parteien selber und den in Frage kommenden Wirtschaftskreisen gepflogen werden. Die Reichsregierung hofft aber, die Arbeiten so weit fördern zu können, daß der Fünfzehner Ausschuß des Reichstages etwa am 8. oder 9 Februar mit der dritten Steuerverordnung befaßt werden kann.

Die dritte Steuerverordnung stellt den Abschluß derjenigen Steuerverordnungen dar, die **vorläufig** zum Zweck der **Sanierung der deutschen Währung** veranlaßt worden sind. Während die bisherigen Steuerverordnungen die Aufwertung der bestehenden Steuern und die Einkommen-Zahlungen für 1923 und 1924 regeln, soll jetzt eine Einnahme-Quelle für das Reich dadurch geschaffen werden, daß die durch die „Aufwertung" erzielten Beträge zu Gunsten des Reiches, der Länder und der Gemeinden einer Abgabe unterworfen werden.

Das Prinzip ist durchaus richtig. Indessen erheben sich gegen die zur Erreichung geplanten Methoden erhebliche Bedenken. Ganz abgesehen davon, daß es sehr fraglich ist, ob durch diese Steuer wirklich ins Gewicht fallende Beträge gewonnen werden können, wird durch die Durchführung im einzelnen so ungeheuer schwierig sein und so schwerwiegende Fragen und Probleme aufwerfen, aber auch so viel neue Verbitterung und Verwirrung schaffen, daß man sich doch ernstlich fragen muß, ob der Aufwand das Ergebnis lohnt.

Die Aufwertung ist grundsätzlich beschlossen. Sie soll aber nur in Kraft treten für diejenigen Schulden, die bis zum 31. Dezember 1923 **nicht zurückbezahlt waren.** Schon abgetragene Hypothekenschulden sollen also nicht aufgewertet werden. Eine andere Stellung würden allerdings diejenigen Schuldenehmen müssen, bei denen die Rückzahlung unter notariellem Vorbehalt späterer Aufwertung erfolgt ist. Die Reichsregierung hat sich auch zu einem festen Satz von 10 Prozent für die Aufwertung entschlossen. Dieser Satz ist zweifellos roh, und andererseits muß man geltend machen, daß auch die Erfassung von der Steuer **sehr stark** dem Zufall unterliegt. Man braucht sich nur an bestimmte ländliche und auch städtische Zustände erinnern, bei denen es in weitem Umfang wenigstens früher, üblich war, daß die leistungsfähigen Kreise gegen einfache Schuldscheine Kapital und Kredit bekamen, während die einfachen Leute, insbesondere die Landwirte, eine regelrechte Hypothek eintragen lassen mußten. Nun sollen diese letzteren getroffen werden, während die übrigen Schichten frei ausgehen. Sehr bedenklich ist auch der Plan, die vor dem Inkrafttreten der Verordnung durch Reich, Länder und Gemeinden aufgenommenen Anleihen bis zur endgültigen Regelung der Reparationsverpflichtungen nicht zu verzinsen und auch nicht einzulösen. Das bedeutet abermals eine Schädigung der Besitzer solcher Anleihen. Prinzipiell ist allerdings eine spätere Aufwertung in Aussicht gestellt, aber wann und wie diese Aufwertung sich vollzieht, ist doch heute noch gar nicht abzusehen.

Ein Hauptzweck der in Rede stehenden Steuerverordnung besteht darin, die gewonnenen Mittel für Wohnungsbauzwecke nutzbar zu machen. Die Regelung kommt letzten Endes darauf hinaus, daß das Reichsmietengesetz vollständig verschwindet, während aber das Mieterschutzgesetz in bestimmten Teilen erhalten bleibt. Entsprechend der Entwicklung der allgemeinen Wirtschaftslage sollen allmählich die Mieten den Friedensverhältnissen angeglichen werden. Bei denjenigen Anwesen, die mit Reichszuschüssen gebaut wurden und bei denen die Rückzahlung mit entwertetem Gelde erfolgte, soll eine Zwangshypothek aufgenommen werden, aus deren Erträgnissen, die Mittel für Wohnungs-Neubauten gewonnen werden sollen. Die Zwangshypothek würde unterschiedlich sein je nach dem Jahre der Gewährung des Zuschusses.

In diesen Absichten liegen nach jeder Richtung hin, sowohl für Hausbesitzer wie für Mieter erhebliche Gefahren. Es wäre kaum damit zu rechnen, daß die Hausbesitzer bei der gegenwärtigen Steuerlage über 30 Prozent der Miet-Einkünfte erhalten würden. Den Rest würden die Steuern und die Abgaben für den Staat in Anspruch nehmen. Freilich weist man darauf hin, daß früher für Hypothekzinsen zwischen 70 und 80 Prozent der Mietseinnahme, in großen Städten sogar noch mehr, aufgewandt werden mußten.

Andererseits fordert die geplante Steuer auf unbebaute Grundstücke, die als Gegenstück der Mietssteuer in den Städten gedacht ist, den starken Einspruch der Landwirtschaft heraus. Diese weist darauf hin, daß die Grundsteuer schon besteht. Man muß sich auch vergegenwärtigen, daß die Hypotheken-Aufwertung für die Landwirtschaft ganz etwas anderes bedeutet, als für den städtischen Grundbesitz. Letzterer hatte Schulden, die Landwirtschaft aber hatte Guthaben auf den Sparkassen usw. Die gegenwärtige gewaltige Kreditnot bedrückt die Landwirtschaft in besonders schwerer Weise. Es besteht tatsächlich die Gefahr, daß die Landwirtschaft zu einem extensiven Betrieb übergeht, und wenn das der Fall wäre, würden wir im Laufe der Zeit hinsichtlich unserer Volksernährung vor einer Katastrophe stehen. Wenn in den Städten immer noch über die hohen Preise der landwirtschaftlichen Produkte geklagt wird, so muß man doch auch nachdrücklich darauf hinweisen, daß die Landwirtschaft selber für ihre Erzeugnisse seit Jahrzehnten nicht so schlecht bezahlt wurde als gegenwärtig. Die große Spannung vom Produzenten bis zum Konsumenten wird an ganz anderer Stelle als bei der Landwirtschaft hervorgerufen. Die Aufwertung ist in jeder Form ein zweischneidiges Schwert. Man muß es ruhig aussprechen, daß es eine einigermaßen gerechte Lösung dieser Aufwertungsfrage **überhaupt nicht gibt.** Wir sind der Meinung, daß man doch noch einmal an maßgebenden Stellen die Frage ernstlich prüfen sollte, ob nicht auf anderem Wege für das Reich diejenigen Mittel gewonnen werden können, die für die Erfüllung seiner Verpflichtungen nach innen und außen notwendig sind. Allerdings dürfen wir nicht verkennen, daß wir unter einem ungeheuren Zwang stehen und daß wir keine Zeit zu verlieren haben, um Maßnahmen zu treffen, die dazu angetan sind, unsere Währung und Wirtschaft zu retten. Alles, was jetzt geschieht, muß in der Tat unter dem Gesichtspunkt betrachtet werden, daß wir unter **keinen** Umständen zu einer **neuen Inflation** kommen dürfen, die das Unglück Deutschlands nur besiegeln würde. Zur Erringung dieses Zieles müssen gewiß schwere Opfer gebracht werden, aber man hat doch auch dabei zu prüfen, ob nicht durch gewisse Maßnahmen letzten Endes die Wege zur Sanierung erschwert, wenn nicht gar verbaut werden.

Ein besonderes Reichsgesetz für die Besteuerung der ländlichen Hypotheken.

Im Rahmen der Aufwertungsprobleme spielte die Besteuerung der unbebauten, also vorwiegend der ländlichen Grundstücke eine Rolle. Die Angelegenheit ist nun dahin entschieden, daß eine Besteuerung nicht im Rahmen der Notverordnung, sondern durch ein besonderes Reichsgesetz ger gelt werden soll, das also erst nach einem längerem Zeitraum einsetzen kann. Zu dieser Regelung hat man sich verstehen müssen, nachdem, wie wir an dieser Stelle schon nachdrücklich betont haben, die Belastung der Landwirtschaft ohnehin schon eine sehr erhebliche ist, und die neuen Steuern bei der gegenwärtigen Lage überhaupt nicht ertragen werden könnten. Daher wird die ländliche Hypotheken-Erfassung hinausgeschoben, auf jeden Fall wird sie bis zur übernächsten Zeit zurückgestellt.

Die Grundsteuer.

Nach dem Einspruch des Staatsrats gegen das vom Landtag angenommene Grundsteuergesetz muß nach der preußischen Verfassung das Gesetz dem Landtage zur nochmaligen Beschlußfassung vorgelegt werden. Da aber der Landtag bis zum 19. Februar in die Ferien gegangen ist, so **gilt für diese Zwischenzeit die Grundsteuernotverordnung vom Oktober 1923,** die viel einschneidender ist, als die Beschlüsse des Landtages.

Mietzinssteuer und wertbeständige Hypotheken.

In der dritten Steuernotverordnung ist bezüglich der wertbeständigen Hypotheken, die auf Grundstücken lasten, bestimmt worden, daß die Steuer ermäßigt werden müsse, um den Betrag der laufenden Verpflichtung, der dieser wertbeständigen Belastung entspricht. Dasselbe gilt auch für diejenigen Hypotheken, die inzwischen aufgewertet worden sind.

Vor einer Wechselsteuer.

Die Meldung einer Berliner Zeitung, wonach der Reichsfinanzminister durch den Entwurf einer dritten Steuernotverordnung ermächtigt wurde, eine 10prozentige Steuer auf den Gewinn aus Wechseln und Krediten zu erheben ist unrichtig. Der Entwurf behält die Entscheidung in dieser Frage vielmehr der ordentlichen Gesetzgebung vor und will dem Reichsfinanzminister nur die erforderlichen Handhaben geben, um das überaus schwierige Problem aufzunehmen.

× Die kommende Inflations-Gewinnsteuer.

Im Rahmen der sogenannten dritten Steuer-Not-Verordnung, die den Abschluß verschiedener Steuern bildet, mit denen dem Verfall der Währung entgegengetreten werden sollte, wird nun eine neue Art von Steuer herauskommen, die man als Inflations-Steuer bezeichnen kann. Diese Steuer verfolgt denselben Zweck, wie die bisher auf dem Wege der Not-Verordnung geschaffene Steuer-Vorlage, nämlich Geld für das Reich zu beschaffen und unter allen Umständen eine neue Inflation zu verhindern. Das Ziel, die Währung, also die Rentenmark, gegenüber jeder Gefahr zu schützen, gibt für diese Maßnahmen die Richtung.

Die neue Inflations-Gewinn-Steuer hängt noch untrennbar mit der sogenannten Aufwertung zusammen. Denn die durch eine solche Aufwertung gewonnenen Beträge und Gewinne werden einer Steuer unterworfen, die an Reich, Länder und Gemeinden verteilt werden sollen und mit deren Erträgnissen auch noch Zwecke des Wohnungsbaus erzielt werden sollen.

Was diese Aufwertung nun selbst angeht, so ist nach dem jetzigen Stand der Dinge, der aber auch noch keinen Abschluß darstellt, beabsichtigt, nur bis zum 31. Dezember 1923 noch nicht zurückbezahlte Beträge aufzuwerten. Alles, was vorher zurückbezahlt ist, soll dieser Aufwertung nicht unterliegen. Man will unterscheiden zwischen Schuldbeträgen, die sofort aufgewert sollen und deren Aufwertung unmittelbar dem Schuldner zu Lasten fallen, weiter zwischen einer Aufwertung, für deren Eingänge eine gemeinnützige Kasse geschaffen wird und die vor allem für die Rückzahlungen der Sparkasse an ihre Einleger in Frage kommt. Endlich ist eine Aufwertung für eine spätere Zukunft vorgesehen, und unter diese Kategorie fallen vor allem die öffentlichen Anleihen des Reiches und der Länder. Ueber die Einzelheiten der beabsichtigten Regelung können in diesem Stadium der Verhandlung also noch keine endgültigen Angaben gemacht werden. Es kann nur gesagt werden, daß bezüglich der öffentlichen Anleihen voraussichtlich vorgesehen wird, daß die vor dem Inkrafttreten der Länder und der Gemeinden bis zur endgültigen Regelung der Reparationsverpflichtungen nicht verzinst und nicht eingelöst werden sollen. Dagegen wird für eine öffentliche Anleihe für später eine Aufwertung in Aussicht gestellt. Das Prinzip ihrer Aufwertungswürdigkeit ist damit anerkannt. Neu aufgenommene Anleihen sollen bezüglich Verteilung und Verzinsung einen Vorrang vor den alten bekommen. Bei den Sparkassen- und Lebensversicherungsgeldern wird vorgesehen, daß die aufgewerteten Vermögensbestände einer gemeinnützigen Kasse überantwortet werden, die dann den Einlegern gegenüber die Verteilung vornehmen soll. Ueberschießende Beträge werden an die Gemeinden gehen, um für Wohnungsbauten, für ärmere Volkskreise verwandt zu werden, während die für Lebensversicherungszwecke eingehenden Aufwertungsgelder nach Abwartung der Ansprüche an das Reich zu denselben Zwecken gehen. Die Regierung beabsichtigt eine Festgrenze von 10 Prozent für die Aufwertung festzusetzen. Es werden besondere Aufwertungsstellen eingerichtet, die ähnliche Befugnisse wie die Mieteinigungsämter haben sollen. Die eigentliche Inflationssteuer wird somit die Geldentwertungsgewinne treffen, sodaß also die Obligations-Eigner für die Gewinne aus den zurückbezahlten Obligationen, ferner die Notgeldgewinne und endlich die mit entwertem Geld zurückgezahlten Reichsbankkredite und zwar zu Gunsten des Reiches herangezogen werden. Dermaßen sind die grundsätzlichen Linien, die diese neue Verordnung zeigt. Indessen sind aber auch jetzt noch keine endgültigen Entscheidungen getroffen, denn nach Lage der Dinge sind gegen den Plan im ganzen, wie im einzelnen doch erhebliche Bedenken geltend zu machen.

Spekulations-Pfandbriefe

Die Aufwertung bei Pfandbriefen wird gemäß der dritten Steuernot-Verordnung nur dann in Frage kommen, wenn die Pfandbriefe als Anlagewerte erworben wurden. Deshalb werden nur diejenigen Pfandbriefe aufgewertet, die seit 1919 in derselben Hand geblieben sind, und weiterhin diejenigen, die als mündelsichere Papiere erworben wurden. Bei letzteren ist eine Aufwertung um deswillen unumgänglich notwendig, weil ja der Erwerb solcher Pfandbriefe vielfach durch Gesetz vorgeschrieben war. Alle zu Spekulationszwecken erworbene Pfandbriefe aber werden nicht aufgewertet. Die Kontrolle glaubt man, wie man uns aus Berlin mitteilt, mittels des **Depotszwangs** vornehmen zu können. Man würde also an Hand der Schlußnoten über die betreffenden Geschäfte eine genaue Nachprüfung ermöglichen können.

Verschärfung von Zollbestimmungen in Columbien.

Wie aus anderen Einwanderungsländern wird nunmehr auch aus Columbien über Schmuggelversuche geklagt, die Einwanderer bei der Einführung ihres Gepäcks vornehmen. Es ist wiederholt vorgekommen, daß Einwohner unter Mißbrauch der ihnen gewährten Einfuhrfreiheit eine große Anzahl nicht als Einwanderungsgut anzusprechender, einem hohen Zoll unterliegender Waren, z. B. Chemikalien, Arzneien, optische und wissenschaftliche Instrumente, seidene Damenkleider usw. nach Columbien eingeschmuggelt haben.

Auch Deutsche sollen sich an solchen Durchstechereien beteiligt haben. In Columbien wird z. B. darüber geklagt, daß der columbianische Markt z. Z. mit unverzolltem Pyramidol überschwemmt sei. Ferner sollen auf solche Weise deutsche wissenschaftliche Instrumente und allerlei andere Waren zollfrei nach Columbien eingeführt worden sein, darunter solche, auf denen der Aufdruck: „Ausfuhr verboten" sich befand.

Die columbianischen Zollbehörden haben kürzlich eine Bekanntgabe erlassen, wonach sie künftig auf der Vorlegung eines beglaubigten Verzeichnisses des Auswanderungsgepäcks und seines Inhalts bestehen. Aehnliche verschärfte Vorschriften sind hier auch aus anderen Einwanderungsländern bekannt geworden, z. B. wird von den brasilianischen Zollbehörden auf Grund unliebsamer Erfahrungen jetzt schärfer als früher die Prüfung des Einwanderer gepäcks durchgeführt. Es liegt also nur im Interesse der deutschen Auswanderer ihrem persönlichen Gepäck, das in Einwanderungsländern durchweg die Vergünstigung zollfreier Einführung genießt, nicht Waren beizupacken, die offenbar lediglich Handelszwecken dienen sollen. Daß die Vermeidung derartiger unzulässiger Praktiken auch im Interesse des deutschen Ansehens erforderlich ist, liegt auf der Hand.

Der Ruf des Deutschen, daß er selbstloser Arbeit fähig sei, hat das hohe Ansehen des Deutschtums gerade in Südamerika mitgeschaffen. Wir sollten alles tun, damit uns dieser Ruf nicht verloren geht.

Westfälische Großhandelspreise.

Preise je 50 Kg. in Originalpackung ab Lager der Großhändler in Münster i. W.:

Gerstengraupen 18, Haferflocken 17, Kochstärke 25einhalb, Roggenmehl 12—dreiviertel, Weizengries 20, Hartgries 23, Weizenmehl 14einviertel, Auszugsmehl 15einhalb, Viktoriaerbsen 29, grüne Erbsen 22, Bohnen, weiße, 24, Linsen unsortiert, Rüböl 50, Salatöl 62einhalb, deutscher Perlsago 31, Makkaroni lose 42, Schnittlauden 27, Burmareis **D**, Stamreis 26, grober Bruchreis 15, Ringäpfel 1,10, Pflaumen 38, Corinten 84, Rosinen 63, Sultanin 88, Santos-Kaffee 1 190, Qual. 2 170, Feinblauer Kaffee 240, Malzkaffee, Kathr. usw., 25 bis 38, Kornkaffee 25 bis 36, Ersatz-Mischung, 20 Prozent Kaffee 78, Kakaopulver, Konsumware 120, Tee in Kisten 325 bis 425, Inlandszucker 43, Raffinade 45, Kunsthonig 49, Marmelade 1 82einhalb, Marmelade Vierfrucht 47, Siedesalz in Säcken 5,75, Steinsalz in Säcken 3,35, Schmalz Sureund 40, Margarine, handelsüblich, lose, 52, Margarine, Spezialmarke, 59, Corned Beef per Kiste 34 bis 37, Speck, gesalzen 69 bis 72, Holländer, vollfett, 140 bis 170, Holländer, halbfett, 85 bis 100, norwegische Heringe 7 bis 800 je Tonne: 30, bto., Emdener 750 bis 850 je Tonne: 55, Zündhölzer 100 Pakete 25.

Ausland.

Das spanisch-französische Tangerabkommen.

Meldung des Wolff'schen Telegraphenbüros.

Paris, 4. Febr.

Wie die Blätter berichten, treffen die spanischen Delegierten zur Unterzeichnung des Tangerabkommens voraussichtlich am Dienstag in Paris ein. Die spanische Regierung erreichte in den Verhandlungen, daß dem französischen Zolldirektor von Tanger ein spanischer Beamter beigeordnet wird, daß die spanischen Konzessionen respektiert und die beantragten Einbürgerungslisten wohlwollend geprüft werden, sowie, daß ein spanischer Geistlicher 12 Jahre hindurch das Oberhaupt des katholischen Klerus und der Vertreter des Heiligen Stuhles bleiben soll. Dagegen wurde die Gebietserweiterung von Centa und Melila abgelehnt.

Spanien schließt sich dem französisch-englischen Tangervertrag an

Meldung des Wolff'schen Telegraphenbüros.

Paris, 4. Febr. ((Drchtd.

Die spanische Regierung hat sich endgültig dem französisch-englischen Abkommen in der Tangerfrage durch eine heutigen Erklärung angeschlossen.

Der Nachfolger Lenins.

Meldung des Wolff'schen Telegraphenbüros.

Moskau, 4. Febr. (Russische Telegraphenagentur.) Der Zentralvollzugsausschuß der Sowjets hat wählte zum Nachfolger Lenins als Vorsitzenden des Vollzugskomitees **Ryko.**

*) Das bedeutet eine **Kaltstellung Trotzki's,** der **als Kranker,** bekanntlich in einem Sanatorium des Kaukasus weilt, da Ryko als Gegner Trotzkis und unbedingter Parteigänger Lenins bekannt ist.

Die Türkei nimmt die Beziehungen zu Ungarn wieder auf.

Meldung des Wolff'schen Telegraphenbüros.

Paris, 4. Febr.

Nach einer Meldung des Journal hat die Türkei die Beziehungen zu Ungarn wieder aufgenommen. Josssf ist zum Botschafter in Budapest ernannt.

Amerikanisches Eingreifen in Mexito bevorstehend.

WTB **Paris,** 24. Febr.

Nach einer Havasmeldung aus Washington erklärte der mexikanische Botschafter, daß in **8 Tagen die mexikanischen Bundestruppen Vera Cruz besetzen würde und damit der Aufstand sein Ende erreichen werde.** Die mexikanischen Bundestruppen seien bis jetzt über die Linie Comperanza—Origaba hinaus gelangt. Ihren Vormarsch auf das Hauptquartier der Aufständischen stehe nichts mehr im Wege.

Vor dem Rücktritt Venizelos.

Meldung des Wolff'schen Telegraphenbüros.

Paris, 4. Febr.

Nach der Chicago Tribune hat Venizelos vom Krankenbette aus ein Schreiben an die Kabinettsmitglieder gerichtet, daß seinen Rücktritt für Montag ankündigt. Die Republikaner treffen ihre Vorbereitungen um die Regierung zu **übernehmen.**

Der Kampf gegen die amerikanischen Petrolkumönige.

Washington, 4. Febr. Der Senat hat einstimmig eine Resolution angenommen, durch die der Präsident aufgefordert wird, auf gerichtlichem Wege die Aufhebung der Petroleumpachtverträge zu versuchen. Die Resolution bezeichnet die Pachtverträge als den Gesetzen widersprechend.

Ein Attentat auf japanische Kammermitglieder.

WTB **Paris,** 3. Febr. (Drahtnachricht.) Nach einer Meldung aus Tokio wurde der Versuch gemacht, einen Eisenbahnzug zur Entgleisung zu bringen, in dem 25 Kammermitglieder von Osaka nach Tokio reisten.

Ortsnachrichten aus dem Kreise Olpe.

Olpe, 4. Febr.

:: **Steuerterminkalender für Februar.** Nach den bisherigen Gesetzen sind zu zahlen:

5. Februar: Abführung des Lohnabzuges für die in der Zeit vom 21 bis 31. Januar gemachten Lohn- und Gehaltszahlungen unter Beibringung eines Nachweises für die Vollständigkeit der Abführung für Januar.

10. Februar: Umsatzsteuerzahlung für Januar in Höhe von 2einhalb Prozent. Vorauszahlung auf die Einkommensteuer 1924 aus größeren Gewerbebetrieben sowie die Körperschaftssteuer in Höhe von 2 Prozent der Roheinnahmen abzüglich der dem Lohnabzug unterliegenden Zahlungen.

15. Februar: Abführung des Lohnabzuges für die in der Zeit vom 1. bis 10. Februar einbehaltenen Beträge.

25. Februar: Abführung des Lohnabzuges für die in der Zeit vom 11. bis 20. Februar einbehaltenen Beträge.

29. Februar: a) Zahlung auf die Vermögenssteuer 1924, b Vorauszahlung auf die Einkommensteuer der land- und forstwirtschaftlichen Betriebe. Außerdem werden voraussichtlich im Laufe des Fe-

bruar die Vermögenssteuer-Erklärungen einzureichen sein. Zeitpunkt hierfür steht noch nicht fest. Mit Ausnahme der Abführung für den Lohnabzug gilt für jede dieser Zahlungen eine Respektsfrist von einer Woche. Im übrigen tritt zu den Steuern ein Zuschlag von je 5 Prozent für jeden halben Monat verspäteter Zahlung.

:: **Karnevalsverbot.** In einer Verfügung an die Regierungspräsidenten erneuert der preußische Minister des Innern seinen Erlaß vom 20. Oktober, in dem ein Karnevalsverbot für Preußen ausgesprochen wurde. Karnevalistische Sitzungen und Kostümfeste, die von geschlossenen Vereinen veranstaltet werden, sollen jedoch nicht unter das Verbot.

:|: **Vorsicht beim Abbau von Sand-, Lehm- und Mergelgruben.** Die Westfäl. landw. Berufsgenossenschaft teilt mit: Ein Unfall, dem ein Familienvater im besten Lebensalter zum Opfer gefallen ist, gibt uns Veranlassung, auf die Gefahren hinzuweisen, die mit dem Abbau von Sand-, Lehm-, Mergel- und Kiesgruben sowie von Steinbrüchen verbunden sind. Die Unfälle entstehen meist dadurch, daß die über dem zu gewinnenden Material lagernden Erdmassen nicht weit genug abgebaut sind, so daß abrutschendes Erdreich in die Grube stürzen kann. Ferner werden vielfach bei Unterhöhlungen der Grubenwände die Arbeiter durch Einstürzen der Hohlräume verschüttet. Es kann nicht genügend bei allen Arbeiten in derartigen Gruben zur Vorsicht gemahnt werden.

Die Berufsgenossenschaften haben hierfür genaue Bestimmungen erlassen, deren Nichtbeachtung für den Betriebsunternehmer bei einem Unfalle die gesamten Kosten und außerdem noch beträchtliche Geldstrafen nach sich ziehen kann."

:: **Aufgebotenes Notgeld.** Der Reichsfinanzminister hat das wertbeständige Notgeld, das auf Grund von Goldanleihe und Dollarschatzanweisungen von der Provinz Hessen-Nassau, den Ländern Baden, Hessen und Schaumburg-Lippe ausgegeben worden ist, sowie das Notgeld (wertbeständige) der Stadt Berlin mit Wirkung vom 10. 12. ab aufgehoben. Unberührt von dieser Aufhebung bleibt das wertbeständige Notgeld der Reichsbahn und des preußischen Staates. Der Reichsfinanzminister hat die als Deckung für das aufgerufene Notgeld hinterlegten Goldanleihe und Dollarschatzanweisungen mit Wirkung vom 1. Februar freigegeben.

!! **Notgeld der Deutschen Reichsbahn.** Von dem auf Papiermark lautenden Notgeld der Deutschen Reichsbahn sind Fälschungen im Umlauf, die auf seegrünem Wasserzeichenpapier gedruckt sind und bei denen der ursprüngliche Betrag von Zwanzig-Millionen Mark in Zwanzig „Billionen" abgeändert ist. Die Fälschungen sind in der Durchsicht als solche leicht erkennbar. Die Doppellinien der Buchstaben sind zum Teil verstärkt, zum Teil ganz mit grüner Farbe ausgefüllt. Vor Annahme der Fälschungen wird gewarnt mit dem Bemerken, daß an echten „Zwanzig-Billionen-Scheinen" der Deutschen Reichsbahn nur eine geringe Anzahl im Umlauf ist, die auf einem rosa Wertzeichenpapier gedruckt ist und eine Größe von 7einhalb mal 11 einhalb Ctm. hat. Ferner wird wiederholt darauf hingewiesen, daß Notgeldscheine der Deutschen Reichsbahn mit Ueberdruck überhaupt nicht im Verkehr sind. Derartige Scheine sind Fälschungen. Für die Ermittelung von Tätern zahlen die Reichsbahndirektionen hohe Belohnungen.

Altenhundem, 4. Febr.

?!? Am Dienstag dem 5. Febr., nachmittags 5einhalb Uhr wird Herr Kaplan **Tusch** aus Attendorn im Jugendheim einen Vortrag über unseren niederdeutschen Dichter **Wibbelt** halten. Mit diesem Vortrag nimmt der wissenschaftliche Verein, der bisher bei der Unsicherheit des Geldverkehrs Veranstaltungen nicht treffen konnte, seine Arbeiten wieder auf. Als Beitrag ist 0,50 M festgesetzt die am Saaleingang zu entrichten sind.

Provinzielles.

WTB **Bochum**, 2. Febr. Das Gericht verurteilte nach mehrtägiger Verhandlung aufgrund der Unruhen und Ausschreitungen im Mai v. J. den **Kommunistenführer Stolzenberg** wegen Unterstützung der Betriebshundertschaften und wegen Beamtennötigung zu 5 **Monaten** und 3 andere **Kommunisten** zu 4 8 **Monaten Gefängnis.**

(:) **Münster**, 2. Febr. Die Baugewerkschule Münster i. W. hat die Enthüllung ihrer Gefallenenehre und zugleich damit die 25jährige Jubiläumsfeier der Anstalt auf das Ende des Semesters, am 14. und 15. März 1924 verschieben müssen. Die Not der Zeit und der dürftige Eingang der Geldspenden trieb sie dazu. Viele Angehörigen der Schule haben den Ruf nach Geldspenden nicht gehört, viele haben ihn vergessen; der Denkmalausschuß bittet noch einmal dringend alle früheren Schüler und Freunde der Anstalt: Helft ihm die beschiedene Ehrung vollenden. Gebt, soviel jeder kann in Goldmark. Sendet die Adresse aller Euch bekannten Mitschüler ein, damit wir uns persönlich an alle die wenden können, die diesen Notschrei nicht gehört haben; schiebt Eure Spende nicht auf — Eile tut Not — gebt noch heute den Auftrag an das Postscheckkonto Hannover 75822, Regierungsbaumeister Schnapauff, Münster, Pinsallee 34. Auch die Teilnahme am Fest ist baldigst anzumelden. Adr. Festausschuß: Münster, Baugewerkschule, Weselerstraße 2.

* **Münster**, 1. Febr. Räuberhauptmann **Stratmann** ein berüchtigter Verbrecher des Ruhrgebiets, dem es gelungen war aus einem Gefängnis im besetzten Gebiet zu entweichen, konnte in der Umgegend von Burgsteinfurt dingfest gemacht werden. Er wurde nach Münster transportiert.

* **Düsseldorf**, 1. Febr. Hier wurde die Witwe Bergmann, die mit einem gewissen Krämer zusammen lebte, **tot in ihrem Bett** aufgefunden. Die Todesursache konnte bisher nicht festgestellt werden, doch sind die polizeilichen Ermittelungen im Gange.

Kirchliches.

Ordenseintritt des sächsischen Kronprinzen.

WTB **Paris**, 2. Febr. Wie aus Genf gemeldet wird, wird der **ehemalige sächsische Kronprinz**, der augenblicklich in der Schweiz Theologie studiert, in einen Orden eintreten.

Spiel und Sport.

Fußball.

Nürnberg-Fürth schlägt Köln mit 2:1.

Köln, 4. Febr. (Privattelegr.) Vor 150 000 Zuschauern schlug heute die süddeutsche bekannte Fußballmannschaft Nürnberg die Kölner Stadtmannschaft mit 2:1. Die Tore fielen für Nürnberg in der ersten Halbzeit. In der zweiten Halbzeit konnten die süddeutschen Gäste wegen des durch Regen schwierigen Platzes ihre Fähigkeiten nicht voll entwickeln.

Letzte Telegramme.

Ein neues Abkommen mit der Micum.

Meldung des Wolff'schen Telegraphenbüros.

Düsseldorf, 4. Febr.

Heute wurde hier ein neues Abkommen von Edelstahlvertretern mit der Micum geschlossen, daß eine Herabsetzung der Ausfuhrsätze um siebenachtel der bisherigen nebst einer Herabsetzung der Kontributionssätze vorsieht.

Französische Kriegsgerichtsurteile.

h **Dortmund**, 2. Februar. (Privatdrahtnachricht.)

Das Polizeigericht 3 der französischen Linienidivision verurteilte in der gestrigen Verhandlung wegen unbefugten Waffenbesitzes den Bäcker Wilhelm Heier in Dortmund zu 6 Monaten Gefängnis und 500 Goldmark Goldstrafe, den Eisenbahnlokomotivführer Ernst König in Dortmund zu 14 Tagen Gefängnis und 50 Mark Geldstrafe, den Wirt Wilhelm Benhof in Dortmund zu einer Geldstrafe von 1000 Mark, für die im Falle der Nichtbezahlung ein Jahr Gefängnis tritt.

Empfang des jugoslavischen neuen Gesandten durch den Reichspräsidenten.

Meldung des Wolff'schen Telegraphenbüros.

Berlin, 4. Febr.

Der Reichspräsident hat heute in Anwesenheit des Reichsaußenministers Dr. Stresemann, den neuen jugoslawischen Gesandten zum Empfang seines Beglaubigungsschreiben und des Abberufungsschreiben des früheren Gesandten empfangen.

Auflösung des japanischen Parlaments.

WTB **Paris**, 3. Febr. (Drahtnachricht.) Nach einer Meldung aus Tokio wurde das japanische Parlament aufgelöst.

Vermischtes.

Beraubung eines Postamtes.

In das Postamt in Hebrondamnitz bei Stolp in Pommern drangen 10 bis 12 mit Armeerevolvern ausgerüstete und maskierte Räuber ein, riefen: „Hände hoch" und zwangen die Beamten zur Herausgabe der Schlüssel. Dann nahmen sie etwa 4000 Mark und die Briefmarken fort. Die Beamten und anwesenden Ortseinwohner wurden in den vergitterten Vorraum gedrängt und die Telefonleitungen durchschnitten. Die Räuber entkamen unbekannt. Man vermutet, daß die Täter in Stolp ansässig sind.

Ausgebrannter Postbahnwagen.

Auf den Eisenbahnstrecken Reichsbach-Plauen (Vogtland) ist ein Postbahnwagen, in dem sich über 1000 Pakete befanden, auf bisher unbekannter Ursache in Brand geraten und vollständig ausgebrannt.

Briefe an das S. V.

(Für Artikel unter dieser Rubrik übernimmt die Redaktion nur die preßgesetzliche Verantwortung.

Förde, 30. Jan. Zum Eingesandt vom 28. Januar 1924. 1. Polizeibeamte sind auch Verwaltungsbeamte und werden vom Amt besoldet. Falls das Amt verpflichtet wird noch drei Polizeibeamte anzustellen, so sind diese Beamten auch zu beschäftigen und das kann nur geschehen, wenn ein Teil der Polizeibeamten mit im Innendienst verwandt wird. Ich wüßte nicht wie sich 7 Polizeibeamte im Außendienst neben verschiedenen Landjägern beschäftigen könnten. Bezüglich der Abbauverordnung habe ich in meinem Eingesandt lediglich meine subjektive Auffassung geäußert.

2. Der Unwille, oder besser gesagt das Nörgeln, über den seiner Zeit von der Gemeinde getätigten Kauf hat die Gemeindevertretung mitveranlaßt, das betr. Gebäude wieder zu veräußern, nachdem das Angebot der Gemeinde vom Amt nicht acceptiert wurde. Dafür bin nicht ich persönlich verantwortlich zu machen. Jedenfalls steht aber fest, daß bei der Veräußerung die eingetretene Geldentwertung wohl berücksichtigt ist, sonst hätte die Gemeinde mit dem Ueberschuß nicht die unerheblichen Schulden die noch auf Schulen, Gerichtsgebäude, Wasserleitungen etc. lasteten, restlos tilgen können.

3. Bezüglich der Dienstobliegenheiten und Entschädigung der Vorsteher habe ich mich in meinem Eingesandt vom 24. Januar deutlich genug ausgedrückt. Die Dienstbezüge des Vorstehers von Förde bleiben jedenfalls in ausreichender Höhe bestehen.

4. Ich würde es begrüßen, wenn durch eine Zusammenlegung der Gemeindekassen gespart werden könnte.

5. Die genugtuende Feststellung, daß ich mit dem Artikelschreiber in Bezug auf die Amtsverlegung gleicher Meinung bin hätte sich erübrigt, da der Artikelschreiber meine seit Jahren in diesem Punkte vertretene Ansicht genau kennt.

Hiermit wird die Aussprache meinerseits beendet.

Beule, Gemeindevorsteher.

Druck und Verlag:
Verlagsanstalt F. X. Ruegenberg, Olpe
verantwortlich für die Gesamtredaktion: Dr. phil. Albert Wand in Olpe; für die Berliner Redaktion: Dr. Krauß in Berlin-Schöneberg.

Radio — Du Köstlichste der Gaben —
Was nützt Dir denen, die „AMATO"
noch nicht haben.

Radio-Amato,

der beste Empfangsapparat.

Vorzügliche Aufnahmen der Radio-Konzerte, Vorträge, Tagesnachrichten aus

Berlin — London — Paris.

Generalvertreter:

Neheimer Metallindustrie G. m. b. H.

Neheim, Fernsprecher 16 und 500.

Untervertreter, die geeignete Vorführungsräume zur Verfügung haben, an allen Plätzen gesucht

Viehverluste bringen Ruin.

Wertbeständige Versicherung schützt.

Zum Abschluß von Viehversicherungen aller Art empfiehlt sich

Halensia
Vieh-Versicherungs-Ges. a. G.
Subdirektion Köln
Hans Walther
Zülpicherplatz 7.
Vertreter gegen Provision und Reisespesen gesucht.

Zuverlässiger, durchaus vertrauenswürdiger
junger Mann
mit guter Ausbildung und angenehmen Umgangsformen für Schreibstube und Laden eines feineren Geschäftes in gutbezahlte, angenehme Dauerstellung nach Siegen gesucht. Eintritt spätestens [illegible]. Selbstgeschriebene Bewerbungen mit Bild und allen Zeugnisabschriften, sowie Angabe von Empfehlungen unter ††303 an diese Zeitung erbeten. Verschwiegenheit zugesichert.

Turn-Verein :-: Olpe
Turnstunden:
Turnerinnen: Dienstags 8¼ — 10 Uhr
Turner: Freitags 8¼ — 10 Uhr
Zöglinge: Mittwochs 8¼ — 10 Uhr
in der Turnhalle des Lehrerseminars.

Erstklassige
Ruhrkohlen u. Koks
für Industrie und Hausbrandzwecke
liefern direkt ab Zeche und zu den billigsten Preisen
Alfred Holländer G. m. b. H.
Freudenberg (Kreis Siegen),
Fernspr.: Amt Freudenberg Nr. 11 u. 89.

Platina, Gold u. Silber.
Alle Gegenstände aus diesen Metallen, wenn auch zerbrochen oder beschädigt, kauft zum höchsten Tageskurs
Otto Scherer, Attendorn,
Wasserstr. 10.
752)

Linoleum-
Teppiche
Vorlagen
Läufer
Cocosläufer
Fussmatten
A. Zimmermann,
Olpe b. Landratsamt.
Tel. 290.

Hilfsmotorrad,
Marke „Sirocco" 1½ PS, gut erhalten, fahrbereit, für 150 Mk. zu verkaufen.
Daselbst ein guterhaltener
Kinderwagen
und zweisitziger
Sportwagen
zu verkaufen. Zu erfragen in der Geschäftsstelle ds. Bls. (†321)

Herren- Damen-Wäsche
fertigen an in bester Ausführung
Geschw. Kaiser
Wäsche-Fabrik
OLPE i. W.
Schützenstrasse 15
Telefon 135.


Fettes Schwein
zu kaufen gesucht (220 bis 280 Pfd.)
Gerlingen Nr. 50.

Rheinische
Kaffee-Groß-Rösterei
(unbes. Gebiet) sucht rührigen
Vertreter,
der bei der einschlägigen Kundschaft gut eingeführt ist. Off. u. Nr. ††320 an d. Geschäftst. ds. Bls.

Tüchtige
Autogen-Schweißer
gesucht. 10stündige Arbeitszeit. (††319)
Biggetaler Eisenwerke
G. m. b. H.,
Finnentrop i. Westf.

Ortsgemeinde Rhode
sucht einen zuverlässigen
Hirten.
Meldungen beim Gemeindevorsteher. (†318)

Suche für meinen kinderlosen Haushalt tüchtiges
Mädchen
im Alter von 18—20 Jahren.
Karl Schneider,
Bäckermeister,
Plettenberg.

Teilhaber
für rentable industrielle Zwecke gesucht. Offerten unter ††275 an die Geschäftsst. ds. Bls.

Maßschäfte
werden schnell u. sauber angefertigt. Garantie für gute Paßform.
Heinr. Reperich,
Schäftemacherei,
Olpe, Winterbergstr. 53.

Geldschränke und Einmauerschränke
(Fabrikat Peiz)
empfiehlt
Heinrich Clemens, Olpe i. W.
Winterbergstr. 4 Telephon 272
W 31

Kohlen und Koks
in vorzüglichen Beschaffenheiten (hohe Heizwerte) aus eigenen Zechenbetrieben (Concordia, Oberhausen, Abt. der Rombacher Hüttenwerke) liefert
Firma Carl Spaeter, Coblenz.
Anfragen an Vertretung:
Karl Weber, Siegen,
Koblenzer-Strasse 12 w106
Fernsprecher 60 und 1906
Drahtanschrift: Eisenweber

Am Montag, den 28. cr. ist mir von 2 Bettlern ein junger
Schäferhund
auf den Namen „Rex" hörend
gestohlen
worden. Farbe grau. Vor Ankauf wird gewarnt. Dem Wiederbringer sichere hohe Belohnung zu. (†296)
Peter Hagfeld-Linse,
Benolpe
bei Welschenennest

Ueber
120 Lehrlinge
sind Ostern 1924 in Handwerkslehre unterzubringen. Meldungen mit Nachweis der Befähigung zur Ausbildung von Lehrlingen zu richten an das
Städtische Waisenhaus in Köln,
Sülzgürtel 47.
Post Plettenberg (†151